

07.07.2011 - 00:33 Uhr

Ukrainische Regierung übernimmt europäischen Integrationsplan

Ukraine (ots/PRNewswire) -

Das Ministerkabinett der Ukraine hat den Prioritätenmassnahmenplan für die europäische Integration der Ukraine verabschiedet, der anhand des von der Europäischen Kommission vorgelegten EU-Kooperationsschemas verfasst wurde. Im neu herausgegebenen Dokument ist die Fortführung von Verhandlungen über die Freihandelszone EU-Ukraine unter Berücksichtigung nationaler Interessen der Ukraine festgelegt. Der neue Plan wird das bestehende Wirtschaftsreformprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 mit dem Titel Wohlhabende Gesellschaft, wettbewerbsfähige Wirtschaft und effizienter Staat unterstützen.

Der Prioritätenmassnahmenplan für die europäische Integration der Ukraine zielt auf die Vertiefung der Kooperation zwischen der Ukraine und der Europäischen Union durch Umsetzung von Reformen ab.. Hauptzweck dieser Änderungen ist die Einrichtung einer Freihandelszone mit der Europäischen Union sowie die Bereitstellung finanzieller Unterstützung seitens der EU.

Zudem legt das Dokument die Ausarbeitung einer Reihe von regulatorischen Verordnungen zur Herbeiführung der Umsetzung von EU-Recht in die nationale ukrainische Gesetzgebung fest. Dies beinhaltet unter anderem eine Änderung des ukrainischen Gesetzes über die Justizverwaltung und die Rolle von Richtern, Durchsetzung des Gesetzes zum Schutz von Wirtschaftsdaten und die Übernahme des Abkommens über makrofinanzielle Hilfe zwischen der EU und der Ukraine.

Die Durchführung des Prioritätenmassnahmenplans erfordert keine zusätzlichen Budgetausgaben, da Organisations-, Informations-, Material- und technische Unterstützung von der Exekutive der ukrainischen Regierung im Rahmen der bestehenden Aufgaben erbracht werden.

Die europäische Integration ist eine der Prioritäten der ukrainischen Außenpolitik. Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens ist ein kurzfristiges Ziel innerhalb des Integrationsprozesses. Die 17. Verhandlungsrunde mit der EU zum Freihandelsabkommen endete im Juni 2011.

Bereits 2007 hatten die EU und die Ukraine Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen aufgenommen, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen folgten dann zu Beginn des Jahres 2008. Sowohl die EU als auch die Ukraine erklärten mehrfach ihre Absicht, das Freihandelsabkommen bis Ende 2011 abzuschliessen.

Beim Treffen mit dem polnischen Außenminister Radoslaw Sikorsky Ende Juni 2011 betonte der ukrainische Präsident Viktor Janukowytsch, dass sich die ukrainische Regierung in Anbetracht der Priorität der europäischen Integration für die Ukraine, insbesondere auf die folgenden drei Themen konzentrierte: Liberalisierung der Visabestimmungen, Schaffung der Freihandelszone und Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens.

Kontakt:

Weitere Informationen erhalten Sie von Maria Ivanova, ProjectManager
bei Worldwide News Ukraine, +380-443324784, news@wnu-ukraine.com.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100020594/100700532> abgerufen werden.